

# LIGA

der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



## Für sozialen Zusammenhalt!

*Sozialstaat sichern - Teilhabe ermöglichen - Demokratie stärken*



**Sozialpolitische  
Impulse**



#ZusammenSindWirStark

**LIGA** der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



**@DieWohlfahrtspflegeRLP**



# LIGA

der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



## Kontakt

### *Geschäftsstelle der LIGA*

*Daniel Kieslinger*

*Geschäftsführer*

*LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e.V.*

*Löwenhofstr. 5*

*55116 Mainz*

*Zentrale: 06131 888 2950*

*Tel.: 06131 888 2953*

*Mobil: 0155 66779257*

*E-Mail: [d.kieslinger@liga-rlp.de](mailto:d.kieslinger@liga-rlp.de)*

*[www.liga-rlp.de](http://www.liga-rlp.de)*



*#ZusammenSindWirStark*

**LIGA** der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



**@DieWohlfahrtspflegeRLP**





## **Demokratie und Vielfalt schützen**

Impulse für die kommende Legislatur zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Rheinland-Pfalz.....	4
Sozialstaat sichern – Teilhabe ermöglichen – Demokratie stärken.....	5
Ehrenamt – Stütze der Zivilgesellschaft und Fundament sozialer Teilhabe.....	6

## **Kinder, Jugendliche und Familien stärken**

Familien stärken – Zukunft sichern.....	8
Hilfen zur Erziehung – Strukturelle und fachliche Weiterentwicklung.....	10
Kinderrechte im Ganzttag stärken.....	12
Durch Frühkindliche Bildung Teilhabe sichern.....	14

## **Einsamkeit und Ausgrenzung vorbeugen**

Im Quartier entscheidet sich Zukunft.....	17
Teilhabe statt Bürokratie: Eingliederungshilfe verbindlich, wirksam und finanzierbar gestalten.....	18
Für eine zukunftsfähige Migrationspolitik.....	20
Gewaltschutz für Frauen wirksam sichern.....	22

## **Soziale Infrastruktur zukunftsfest machen**

Suchthilfe braucht klare politische Verantwortung.....	24
Eine gesunde Gesellschaft für alle.....	26
Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege.....	28
Aufrechterhaltung sozialer Einrichtungen in Katastrophenlagen.....	30

## **Armut in allen Altersschichten bekämpfen**

Armut sichtbar bekämpfen.....	33
Wohnungsnotfallhilfe ausbauen.....	34
Sozialen Wohnungsbau fördern.....	36
Würdiges Altern: Teilhabe und Inklusion sichern.....	38
Brücken in den Arbeitsmarkt bauen und Teilhabe an Gesellschaft ermöglichen.....	40
Schuldnerberatung in Rheinland-Pfalz sichern und ausbauen.....	42

# Impulse für die kommende Legislatur zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Rheinland-Pfalz

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz prägt Sozialpolitik und Gesetzgebung aus der Praxis, macht Benachteiligung sichtbar und setzt sich für wirksame Lösungen im Sinne unterstützungsbedürftiger Menschen ein. Als unabhängige Anwältin stärkt sie Rechte und Beteiligung – und treibt eine solidarische Bürgergesellschaft voran. Als LIGA stehen wir für die Verbindung von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik. Durch unser am Gemeinwohl orientierten Selbstverständnis stehen wir für Adressat\*innenorientiertes Handeln und damit der Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft.

Die fünf Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz eint das Ziel, Menschen in schwierigen Lebenslagen wirksam zu unterstützen und sich für ihre Teilhabe starkzumachen. Um dies zu sichern, nehmen wir fünf Bereiche in den Blick:

- **Schutz** vor Armut, Sucht, Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung
- **Zugang** zu Beratung, Unterstützung, Bildung und Gesundheit für ALLE
- **Soziale Arbeit aufwerten** – strukturfinanziert, planbar, fair.
- **Klimaschutz sozial denken** – und den sozialen Sektor dafür stark machen!
- **Inklusion** konsequent umsetzen – sie ist der Maßstab für eine gerechte und demokratische Gesellschaft.

Die Verbandsgruppen stellen gemeinsam über 10.000 soziale Einrichtungen und Dienste mit mehr als 175.000 Beschäftigten. Zusätzlich engagieren sich weit mehr als 40.000 Ehrenamtliche in den Wohlfahrtsverbänden in Rheinland-Pfalz.

**Gerade in krisenhaften Zeiten** – geprägt von Unsicherheit, sozialer Spaltung und Zukunftsängsten – ist die freie Wohlfahrtspflege **unverzichtbar**: Sie **sichert** soziale Infrastruktur, **schafft** Orte der Begegnung und gibt Menschen Halt. Sie ermöglicht Teilhabe, **stärkt** Demokratie und **wirkt** gegen Ausgrenzung.

Damit wir diese Aufgaben auch künftig erfüllen können, braucht es politische Rückendeckung. Gemeinsam mit unseren engagierten Mitarbeitenden und Freiwilligen setzen wir uns dafür ein – für ein **demokratisches, diverses, solidarisches, gerechtes** und **starkes** Rheinland-Pfalz.

Albrecht Bähr, LIGA-Vorsitzender  
AG Diakonie in Rheinland-Pfalz

Ralph Stappen, stv. LIGA-Vorsitzender  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saarland

Nicola Adick,  
Caritas Rheinland-Pfalz

Markus Broeckmann  
AWO Pfalz

Anke Marzi  
DRK Landesverband Rheinland-Pfalz

## Sozialstaat sichern – Teilhabe ermöglichen – Demokratie stärken

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz sieht mit Sorge, dass zentrale Grundwerte – Menschenwürde, Vielfalt, Teilhabe – unter Druck geraten. Weltweite Krisen, gesellschaftliche Polarisierung und wachsende Belastungen vor Ort führen dazu, dass der Sozialstaat in Frage gestellt wird. Wenn Menschen Armut, Isolation oder fehlende Perspektiven erleben, wächst die Gefahr von Stigmatisierung, Ausgrenzung und politischer Radikalisierung.

*Rheinland-Pfalz steht dabei vor besonderen Herausforderungen*

- ▶ **Migration** und **Integration** prägen das Zusammenleben und erfordern realistische Lösungen jenseits von Vereinfachungen.
- ▶ **Pflege** und **Versorgung** im Flächenland stoßen an Grenzen, Fachkräfte fehlen, Wege werden länger, Angebote brüchiger.
- ▶ **Kinder** und **Jugendliche** brauchen sichere KiTa- und Ganztagsplätze sowie verlässliche Hilfen zur Erziehung, um Zukunftschancen zu sichern.
- ▶ **Armut** in Jugend und Alter wächst – viele Ältere sind von Isolation und Existenzsorgen bedroht, junge Menschen sind häufiger von Armut bedroht.
- ▶ **Demokratische Stabilität** ist kein Selbstläufer: Wer soziale Sicherheit verliert, verliert auch Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat.

Die Freie Wohlfahrtspflege trägt Verantwortung, den Zusammenhalt zu sichern: als **Anwältin** der Schwachen, als **Partnerin** von Land und Kommunen, als **Brückenbauerin** zwischen Menschen und Institutionen. Demokratie bleibt nur stabil, wenn soziale Teilhabe gesichert ist.

*Fünf Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz*

- ▶ **Einsamkeit und Ausgrenzung vorbeugen:** Quartiersarbeit, Begegnungsräume und niedrigschwellige Hilfen flächendeckend ausbauen.
- ▶ **Kinder und Jugendliche stärken:** Zugang zu Bildung, Teilhabe an kulturellen und sportlichen Aktivitäten, Betreuung und Hilfen zur Erziehung sichern – unabhängig vom Wohnort und Einkommen.
- ▶ **Soziale Infrastruktur zukunftsfest machen:** Innovative Versorgungsmodelle im ländlichen Raum fördern und Fachkräfte systematisch unterstützen.
- ▶ **Armut in Jugend und Alter bekämpfen:** Beratung, Teilhabeangebote und soziale Sicherung speziell für junge Menschen und Senior\*innen ausbauen.
- ▶ **Demokratie und Vielfalt schützen:** Subsidiarität stärken, Vielfalt der Träger garantieren und klar gegen Diskriminierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung Stellung beziehen.

Wir setzen die klare Botschaft: Investitionen in den Sozialstaat sind Investitionen in die Demokratie. Rheinland-Pfalz darf die sozialen Netze nicht zerreißen lassen – sie sind das Fundament für Vertrauen, Sicherheit und Zusammenhalt.



## Ehrenamt – Stütze der Zivilgesellschaft und Fundament sozialer Teilhabe

Ehrenamtliches Engagement ist in Rheinland-Pfalz gelebte Realität: Rund 42 % der Bevölkerung ab 14 Jahren engagieren sich freiwillig – und damit über dem Bundesdurchschnitt. In einer Zeit wachsender sozialer Herausforderungen – Demografischer Wandel, zunehmende Vielgestaltigkeit von Lebenslagen und ein höherer Bedarf an sozialer Unterstützung – kommt dem Ehrenamt eine Schlüsselrolle zu. Doch zugleich verändert sich Engagement: flexibler, projektbezogen, kurzfristig – klassische Strukturen reichen längst nicht mehr aus.

Ehrenamt darf nicht als billiges Substitut für Professionalität fungieren: Fachkräftedefizite dürfen keineswegs durch ständig wachsende Belastung ehrenamtlich Engagierter kompensiert werden. Vielmehr braucht es verlässliche Rahmenbedingungen – von finanzieller Förderung über Qualifizierung bis zu organisatorischer Einbettung –, damit Ehrenamt lebendig bleibt und seine Wirkung entfalten kann.

### Unsere zentralen Forderungen:

- ▶ **Langfristige Finanzierung und Strukturförderung**  
Freiwilligenagenturen, Koordinierungsstellen und Engagementbegleitung müssen dauerhaft (nicht nur projektbezogen) finanziell abgesichert werden. Personalkosten dürfen nicht aus Eigenmitteln von Trägern getragen werden müssen.
- ▶ **Moderne Engagementräume und -formen ermöglichen**  
Politik und Kommunen müssen Rahmenbedingungen schaffen, die kurzfristiges, projektbezogenes oder digitales Engagement ebenso ermöglichen wie traditionelle Formen. (z. B. flexible Freistellungen, Nutzung kommunaler Räume).
- ▶ **Anerkennung stärken und Hürden senken**  
Steuerfreie Erstattung nachgewiesener Auslagen (Fahrtkosten, Material), Ausbau der Übungsleiterpauschale auf weitere Engagementfelder, transparente Anerkennungsprogramme, die alle Engagementformen gleichwertig würdigen.
- ▶ **Professionelle Begleitung und Qualifizierung sichern**  
Ehrenamt braucht Hauptamt: Hauptamtliche Koordination, Fort- und Weiterbildung, Mentoring und Supervision für Engagierte müssen flächendeckend angeboten werden, um Engagement dauerhaft tragfähig und resilient zu gestalten.
- ▶ **Partizipation in Entscheidungsprozessen verankern**  
Ehrenamtliche und Freiwilligenvertretungen sollen auf kommunaler, Landes- und Verbands-Ebene an Entscheidungsprozessen beteiligt werden – z. B. in Satzungs-, Haushalts- und Planungsprozessen.

### Fazit

Ehrenamt ist keine Reservekraft, sondern wesentlicher Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft und sozialer Verantwortung. Rheinland-Pfalz braucht ein Politikverständnis, das Engagement nicht nur preist, aber gleichzeitig in belastbare Strukturen und echte Entscheidungsmacht überführt.

LIGA

der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



# Kinder, Jugendliche und Familien stärken





## Familien stärken – Zukunft sichern

LIGA  
der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.

Kinder, Jugendliche und Familien stehen in Rheinland-Pfalz vor wachsenden Belastungen: steigende Lebenshaltungskosten, unzureichende Betreuungsangebote, Fachkräftemangel in Kitas und sozialen Diensten sowie mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Faktoren gefährden faire Chancen von Anfang an.

### Die Trends in der Entwicklung sind alarmierend:

- Mehr als **jedes fünfte Kind ist armutsgefährdet** – mit gravierenden Folgen für Gesundheit, Bildung und Teilhabe.
- Junge Menschen erleben **Krisen** – Klimawandel, Krieg, Pandemie – als dauerhafte Unsicherheit und **fühlen sich in politischen Entscheidungen häufig übergangen**.
- Familien finden oft keinen verlässlichen Zugang zu Betreuung, Beratung und Unterstützung, weil **Strukturen überlastet oder lückenhaft** sind.

Die bestehenden Angebotsstrukturen greifen die Vielfalt und Komplexität der Bedarfe bislang nur unzureichend auf, da sie stark nach einzelnen Maßnahmen und Bereichen getrennt sind. Daher ist es notwendig, dass eine familienorientierte Politik integrale Anlaufstellen vor Ort bereitstellt, die Beratung, Begleitung und Versorgung bündeln. Nur so kann eine selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglicht werden.

Die LIGA fordert eine Politik, die Kinderrechte ernst nimmt, Familien stärkt und jungen Menschen sichere Perspektiven eröffnet. Unsere zentralen Forderungen

### Unsere zentralen Forderungen

- **Familienarmut konsequent bekämpfen**  
Bündelung der landesspezifischen Leistungen und Förderungen für Familien sowie ein niedrigschwelliger Zugang zu Angeboten von Beratung und Unterstützung über zentrale Anlaufstellen vor Ort.
- **Recht auf verlässliche Betreuung garantieren**  
Ausbau von Kita- und Ganztagsplätzen mit verbindlichen Qualitätsstandards. Personalschlüssel müssen an den tatsächlichen Bedarfen der Kinder ausgerichtet werden – nicht am Minimum der Finanzierbarkeit.
- **Jugendbeteiligung verbindlich absichern**  
Junge Menschen brauchen feste Strukturen der Mitbestimmung in Schulen, Kommunen und Landespolitik. Beteiligung muss verbindlich, niedrigschwellig und mit eigenem Budget ausgestattet sein.

▶ **Gesundheit und mentale Stabilität stärken**

Neben Prävention, psychosozialer Beratung und schnellen Zugängen zu Therapieplätzen ist die medizinische Unterversorgung in vielen Regionen zu beseitigen. Dazu gehören der Ausbau von Angeboten in der Frauenheilkunde, Schwangerschaftsbegleitung und -beratung sowie eine bessere Unterstützung von Familien mit Pflegeverantwortung.

▶ **Inklusive Jugendhilfe umsetzen und Teilhabe sichern**

Die geplante „Inklusive Lösung“ (Zusammenführung von Jugend- und Eingliederungshilfe) muss in Rheinland-Pfalz vorbereitet und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden. Darüber hinaus ist der Anspruch auf umfassende Teilhabe in allen Lebensbereichen zu stärken und auszuweiten.

**Fazit**

Familien- und Jugendpolitik ist keine Nebenaufgabe – sie entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Rheinland-Pfalz braucht eine Politik, die Kinderrechte garantiert, Familien entlastet und jungen Menschen echte Chancen gibt.



## Hilfen zur Erziehung – Strukturelle und fachliche Weiterentwicklung

Hilfen zur Erziehung sind ein zentrales Instrument des **Kinderschutzes** und der Kinder- und Jugendhilfe. Sie **unterstützen** Familien in Krisen, sichern den **Schutz** von Kindern und Jugendlichen und **eröffnen** jungen Menschen **neue Perspektiven**. Doch die Herausforderungen wachsen: Demografischer Wandel, komplexe Problemlagen der Familien und eine sich verschärfende soziale Spaltung steigern die Anforderungen an die Hilfen zur Erziehung deutlich. Der Jugendhilfemonitor zeigt, dass junge Menschen in Rheinland-Pfalz sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen haben. Armut, fehlende Bildungszugänge und psychische Belastungen prägen viele Lebenslagen, seit Jahren stagniert die Armutsquote. Die Hilfen zur Erziehung müssen diesen Veränderungen Rechnung tragen – mit verlässlichen Strukturen, ausreichend Personal und klaren politischen Leitlinien.

### *Unsere zentralen Forderungen*

- ▶ **Strukturelle Weiterentwicklung vorantreiben**  
Hilfen zur Erziehung müssen kontinuierlich weiterentwickelt und an neue Problemlagen angepasst werden. Um die strukturelle Weiterentwicklung und systemische Leistungsfähigkeit der Hilfen zur Erziehung zu sichern, wird ein landesgefördertes Modellprojekt benötigt, das alle beteiligten Systeme mit einbezieht und junge Menschen selbst beteiligt. Damit soll eine zukunftsfeste Jugendhilfe an den Bedarfen der jungen Menschen gestaltet werden.
- ▶ **Fachkräftesicherung garantieren und qualifizierten Quereinstieg fördern**  
Verlässlicher Kinderschutz setzt ausreichend qualifiziertes Personal voraus. Eine künftige Landesregierung muss die Fachkräfteentwicklung regelmäßig überprüfen, Ausbildungs- und Studienplätze auch für Quereinsteigende ausbauen und interdisziplinäre Fortbildungen fördern. Im Hinblick auf Quereinsteigende wären die Einstiegsqualifikationen für die Hilfen zur Erziehung systematisch zu beschreiben und auch finanziell möglichst attraktiv für die Umsteigenden zu gestalten. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die Spezifika der Hilfen zur Erziehung durch die Entwicklung und Etablierung einer eigenständigen Ausbildung für künftige Fachkräfte speziell in den Hilfen zur Erziehung berücksichtigt werden sollen, dies muss auch von einer zukünftigen Landesregierung so unterstützt werden.
- ▶ **Rechtsanspruch für junge Volljährige umsetzen**  
Junge Volljährige müssen verlässlich begleitet werden, bis ihr Hilfebedarf tatsächlich entfällt. Hilfen nach § 41 SGB VIII dürfen nicht aus fiskalischen Gründen beendet werden. Der im Gesetz formulierte subjektive Rechtsanspruch wird in der Praxis de facto seit Jahren unterlaufen und nicht umgesetzt. Eine Nicht-Gewährung führt in aller Regel zur Gefährdung der Verselbstständigung und damit auch dem Scheitern des Lebenslaufes der jungen Menschen. Aus diesem Grund fordern wir die regionale Weiterentwicklung des Ombudswesens zur Durchsetzung der individuellen Rechtsansprüche.

➤ **Strukturierte Kooperation von Hilfen zur Erziehung und Bildungsträgern**

Die Etablierung und Weiterentwicklung von pädagogischen Konzepten an den Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Schule ist für eine zielführende Unterstützung junger Menschen unabdingbar, kann für beide Systeme entlastend wirken, die Teilhabe junger Menschen verbessern und sie verlässlicher zu einem Schulabschluss bringen. Entsprechende Strukturen der Kooperation sind im Schulgesetz zu verankern.

➤ **Integrationsstrategie für unbegleitete minderjährige Geflüchtete**

Junge Geflüchtete, die ohne Eltern nach Deutschland kommen, bringen große Potenziale mit. In Rheinland-Pfalz fehlt es bislang an einer abgestimmten Integrationsstrategie, um diese nachhaltig zu heben. Fehlende Betreuung, mangelnde schulische und therapeutische Angebote sowie eine unzureichende Unterstützung beim Übergang ins Erwachsenenleben haben fatale Auswirkungen. Daher fordern wir eine landesweite Integrationsstrategie die Angebote der Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und Migration systematisch verzahnt.

➤ **Schiedsstellenfähigkeit für die ambulanten Hilfen zur Erziehung herstellen**

Die Träger ambulanter Angebote im SGB VIII geraten vor Ort im Hinblick auf die Finanzierung fachlich und qualitativ angemessener Hilfen immer stärker unter Druck, viele planen aus diesem Segment auszusteigen. Soll diese Hilfeart auch zukünftig fachlich adäquat in Rheinland-Pfalz vorhanden sein, muss eine entsprechende Schiedsstellenfähigkeit im Landesausführungsgesetz verankert werden, um ein Verhandlungsgeschehen auf Augenhöhe sicherzustellen.

**Fazit**

Hilfen zur Erziehung sind unverzichtbar für Kinderschutz und Chancengerechtigkeit. Rheinland-Pfalz braucht verbindliche Strukturen, verlässliche Unterstützung und gleiche Rechte für alle jungen Menschen. Nur so können Kinder, Jugendliche und Familien in schwierigen Lebenslagen sicher und wirksam begleitet werden.



## Kinderrechte im Ganzttag stärken – Qualitätsrahmen für Rheinland-Pfalz schaffen

Der Ausbau des Ganztags für Grundschulkindern ab 2026 kann entscheidend dazu beitragen **Teilhabe für junge Menschen sicherzustellen**. Dafür hat der Bund mit der Änderung des SGB VIII und dem Ganztagsförderungsgesetz die Weichen gestellt. Wenn in der praktischen Umsetzung **Kinderrechte und fachliche Qualität verbindlich gesichert werden**, kann der Ganztagsausbau entscheidend dazu beitragen, **Bildungs- und Teilhabechancen zu verbessern**. Dafür ist die Einbindung der Expertise der Kinder- und Jugendhilfe in ihrer gesamten Bandbreite unabdingbar. Sie verfügt über jahrzehntelange Erfahrung in der Förderung und Begleitung junger Menschen. In dieser fachlichen Expertise liegt die Chance für Kinder und Jugendliche ein Angebot zu schaffen, das sie fördert, sie beteiligt und auch durch Krisen gut begleitet. In der Ausgestaltung eines qualitativ guten Ganztags ist daher von entscheidender Bedeutung, wie eine verbindliche an gemeinsamen Qualitätsstandards orientierte **Kooperation aller Beteiligten** gestaltet wird

Qualitativ hochwertige ganztägige Erziehung, Bildung und Betreuung muss so aufgestellt sein, dass sie den **vielfältigen Bedürfnissen und Bedarfen sowie dem Schutz aller Kinder gerecht werden kann** – also im weiten Sinne inklusiv ist. Kinder haben ein Recht auf Förderung ihrer individuellen Potenziale, auf Erholung und auf Mitgestaltung und damit der **Erfüllung der UN-Kinderrechtskonvention**. Ein kindgerechter Ganzttag bietet Bewegung, Rückzug, Anregung und Teilhabe. Er muss Freiräume erhalten, die Selbstorganisation ermöglichen.

Verbindliche Qualitätsstandards, verlässliche Finanzierung, multiprofessionelle Teams und stabile Kooperationsstrukturen sind die Basis um in den kommenden Jahren den Ausbau voranzutreiben.

### ***Unsere zentralen Forderungen***

- ▶ **Qualitätsrahmen auch im Schulgesetz verbindlich verankern**  
Ein landesweiter verbindlicher Qualitätsrahmen muss auch im Schulgesetz festlegen, wie kindgerechter Ganzttag auszugestaltet ist: multiprofessionell, partizipativ, mit Raum für Spiel, Erholung und Bildung und Sicherstellung des Kinderschutzes. Eine verbindliche Verzahnung von Schule und Kinder- und Jugendhilfe ist hier ebenso zu normieren.
- ▶ **Verbindliche Einbindung der Kinder- und Jugendhilfe**  
Bei der Planung und Umsetzung des Ganztags ist die Kinder- und Jugendhilfe als kompetenter, gleichberechtigter Partner anzuerkennen und einzubeziehen
- ▶ **Fachkräfteoffensive und Qualifizierung sichern**  
Der Ganzttag erfordert den Einsatz multiprofessioneller Teams. Nicht-pädagogisches Personal braucht verpflichtende, öffentlich finanzierte Grundqualifizierungen. Über einen verpflichtenden anteiligen Einsatz von Fachkräften im Ganzttag muss diskutiert werden. Analog zu den Qualifizierungen bei Kindertagespflegepersonen und der Basisqualifikation in Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz.

➤ **Finanzierung nachhaltig gestalten**

Zuschüsse für alle anfallenden Personal- und Sachkosten müssen dynamisiert und an Tarifentwicklungen angepasst werden. Alle Akteure im Ganztage, auch Ehrenamt und Jugendarbeit, brauchen eine verlässliche Finanzierung.

➤ **Freiräume der Kinder schützen**

Ganztage darf die außerschulische Freizeitgestaltung nicht verdrängen. Kinder brauchen weiterhin Zeit für Vereine, Familie und selbstgewählte Aktivitäten.

➤ **Ungeklärte Schnittstellenfragen klären**

Damit inhaltliche und strukturelle Fragen in der gemeinsamen Arbeit im Ganztage nicht zu Dauerbaustellen führen, sind sie im Rahmen von rechtskreisübergreifenden Kooperationsstrukturen fortlaufend zu klären.

**Fazit**

Ganztage gelingt nur, wenn er nicht auf Betreuung reduziert wird, sondern das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellt und an den Kinderrechten ausgerichtet ist. Rheinland-Pfalz muss die Chance des Reformprozesses nutzen, um einen Ganztage zu schaffen, der Kinder stärkt, Familien entlastet und Bildungsungleichheiten abbaut.





## Durch Frühkindliche Bildung Teilhabe sichern

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz steht für **Trägervielfalt, Wahlfreiheit der Eltern und gelebte Subsidiarität** in der frühen Bildung. Doch Kitas arbeiten vielerorts unter fragilen Rahmenbedingungen: fehlende Planungs- und Finanzierungssicherheit, Lücken im Kitagesetz, unzureichende Personalbemessung, stockende Inklusion sowie überlastete Leitungen gefährden Qualität und Verlässlichkeit. Für die Legislatur nach der Landtagswahl 2026 erwarten wir klare Kurskorrekturen mit messbaren Schritten und belastbaren Finanzierungsentscheidungen. Um die UN-Kinderrechtskonvention in diesem Sinne umsetzen zu können fordert die LIGA:

### **Unsere zentralen Forderungen**

#### ▶ **Finanzierungs- und Planungssicherheit**

Freie Träger brauchen verlässliche Planungs- und Finanzierungssicherheit, um ihren Anteil an der Pluralität der Kitalandschaft zu gewährleisten. Nur so kann das Prinzip der Subsidiarität gewahrt und Eltern Wahlfreiheit ermöglicht werden. Wir fordern Rahmenbedingungen, die es freien Trägern ermöglichen, weiterhin Kitas zu betreiben und wir fordern ein klares politisches Bekenntnis für eine Trägervielfalt!

#### ▶ **Evaluation des Kitagesetzes**

In der Praxis ist deutlich geworden, dass das Kitagesetz Lücken und Schwachstellen aufweist, die in der Kita-Arbeit zu Schwierigkeiten führen. Wir fordern daher eine unabhängige Studie zur Überprüfung des Gesetzes, damit dort, wo es notwendig ist, nachgebessert wird!

#### ▶ **Bessere Personalbemessung für kindgerechte Betreuungsstrukturen**

Gute Bildung und kindgerechte, pädagogisch wertvolle Betreuung braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Wir fordern, dass der Personalschlüssel an wissenschaftlich fundierte Standards angepasst wird, damit in allen Kitas genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

#### ▶ **Inklusion verbindlich sichern**

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung. Wir beobachten seit Jahren, dass die Verantwortung, tatsächliche Inklusion in allen Kitas zu ermöglichen, politisch hin- und hergeschoben wird. Dies kann so nicht weitergehen. Es braucht eine gesicherte Finanzierung der besonderen Bedarfe von Kindern mit Beeinträchtigungen (Personalbemessung, Vorhalteleistungen, Sachleistungen etc.), bis hin zu spezialisierten Einrichtungen. Wir fordern, dass die Landesregierung Inklusion ernsthaft realisiert und dafür Verantwortung übernimmt!

► **Qualitätsentwicklung und -sicherung**

Um die Qualität in allen Kitas zu stärken und zu sichern, braucht es förderliche Rahmenbedingungen. Wir fordern höhere Leitungsdeputate, weil die Aufgaben von Kita-Leitungen komplex und umfangreich sind. Wir fordern ausreichend Mittel für Fachberatung, da Fachberatung wesentlich zur Kitaqualitätssicherung beiträgt. Wir fordern, dass das Sozialraumbudget dauerhaft weitergeführt und gesichert wird, damit die Mittel in den Kitas ankommen.

**Fazit**

Es benötigt Investitionen in die Zukunft unserer Kinder! Sie sichern Verlässlichkeit für Familien und Personal, garantieren die Teilhaben von jungen Menschen und ermöglichen Kitas, ihren Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag im ganzen Land zuverlässig zu erfüllen.

LIGA

der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



# Einsamkeit und Ausgrenzung vorbeugen



## Im Quartier entscheidet sich Zukunft

Gesellschaftliche Umbrüche treffen die Menschen unmittelbar vor Ort. Pandemie, Krieg, Energiekrise, Klimawandel und Wohnungsnot haben Ängste, Verunsicherung und soziale Spaltungen verstärkt. In den Sozialräumen und Quartieren verdichten sich diese Herausforderungen: dort entscheidet sich, ob Menschen Teilhabe erfahren, sich beheimatet fühlen und Demokratie im Alltag gelebt wird. Quartiersarbeit ist damit ein Schlüssel für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Freie Wohlfahrtspflege leistet hierzu einen unverzichtbaren Beitrag: Sie verbindet Menschen, stärkt Nachbarschaften, fördert Partizipation und wirkt Polarisierung entgegen. Sie ist Solidaritätsstifterin, Anwältin benachteiligter Gruppen und Partnerin für bürgerschaftliches Engagement. Doch vielerorts fehlt es an verlässlicher Finanzierung. Statt langfristiger Perspektiven dominieren projektförmige, befristete Förderungen – mit der Folge, dass erfolgreiche Strukturen abbrechen und Engagement ins Leere läuft.

### Unsere zentralen Forderungen

- **Landesstrategie für integrierte Sozialplanung**  
Kommunen brauchen Unterstützung, um soziale, ökologische und ökonomische Aspekte in der Quartiersentwicklung zu verbinden. Ein Landesprogramm mit einfachen Antrags- und Abrechnungsverfahren ist notwendig.
- **Verlässliche Finanzierung statt Projektlogik**  
Quartiers- und Sozialraumarbeit muss dauerhaft im Rahmen der Daseinsvorsorge abgesichert sein. Förderquoten sind an die realen Kosten anzupassen, um Träger von übermäßigen Eigenanteilen zu entlasten.
- **Beteiligung stärken**  
Bürger\*innen müssen konsequent in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden – niedrigschwellig, kreativ und barrierefrei.
- **Inklusive Angebote fördern**  
Sozialraumorientierte Arbeit muss Vielfalt, Barrierefreiheit und digitale Teilhabe umfassen und damit allen Menschen Partizipation ermöglichen.
- **Bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfen unterstützen**  
Neben professioneller Arbeit müssen Selbsthilfe, Ehrenamt und Nachbarschaften gezielt gestärkt und vernetzt werden.
- **Inklusive Angebote fördern**  
Sozialraumorientierte Arbeit muss Vielfalt, Barrierefreiheit und digitale Teilhabe umfassen und damit allen Menschen Partizipation ermöglichen.
- **Bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfen unterstützen**  
Neben professioneller Arbeit müssen Selbsthilfe, Ehrenamt und Nachbarschaften gezielt gestärkt und vernetzt werden.

### Fazit

Sozialraum- und Quartiersarbeit ist kein „nice to have“, sondern eine Pflichtaufgabe. Sie verhindert Ausgrenzung, stabilisiert Nachbarschaften und macht Demokratie vor Ort erlebbar. Wir rufen die Landesregierung und den Landtag auf, die Sozialraumarbeit flächendeckend als integralen Bestandteil der sozialen Infrastruktur in Rheinland-Pfalz zu verankern und nachhaltig zu fördern.



## Teilhabe statt Bürokratie: Eingliederungshilfe verbindlich, wirksam und finanzierbar gestalten

Die Eingliederungshilfe trägt in Rheinland-Pfalz wesentlich zur sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei – von früher Bildung bis Wohnen und Arbeit. Gleichzeitig steigen Kosten und Verwaltungsaufwand deutlich, während zentrale Instrumente des Bundesteilhabegesetzes (v. a. Bedarfsermittlung und Gesamtplan) vielerorts nicht konsequent angewandt werden. Verschärft wird die Situation durch zunehmende Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik und der Gesellschaft sich dieser zunehmenden Diskriminierung in den Weg zu stellen und die politische Entscheidungsfindung konsequent an der UN-Behindertenrechtskonvention auszurichten.

Dazu bedarf es der öffentlichen Aufklärung, um eine inklusive Gesellschaft zu fördern, in der die Rechte von Menschen mit Behinderungen selbstverständlich geachtet werden.

Fehlende oder stockende Leistungsvereinbarungen, ein stark beanspruchtes Schiedswesen, Fach- und Arbeitskräftemangel sowie unklare Schnittstellen zu angrenzenden Leistungsbereichen bremsen wirksame Teilhabe. Das belastet Betroffene, Dienste und Kommunen gleichermaßen. Bundesweit sind die Ausgaben 2018 – 2023 stark gestiegen; Entbürokratisierung und verlässliche Umsetzung sind überfällig.

### Unsere zentralen Forderungen:

- ▶ **Verstärkung von Aufklärungs- und Bildungsarbeit**, um Vorurteile abzubauen und eine inklusive Gesellschaft zu fördern, in der alle Menschen respektiert und gleichberechtigt behandelt werden.
- ▶ **Sicherung der Würde und Rechte** von Menschen mit Beeinträchtigung (und auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Teilhabeleistungen erbringen) gesichert und eine offene, tolerante Gesellschaft gefördert wird.
- ▶ **Konsequente und zeitnahe Umsetzung des Landesrahmenvertrages**, um die Verwirklichung des Teilhabeanspruches von Anspruchsberechtigten so bürokratiearm wie möglich zu gewährleisten. Damit kann auch die finanzielle Planungssicherheit und Liquiditätssicherung der Leistungserbringer sichergestellt werden.
- ▶ Zur **Bekämpfung des sich verschärfenden Fachkräftemangels** bedarf es des Ausbaus der bürokratiearmen Fachkräfteeinwanderung und einer stetigen Weiterqualifikation von Beschäftigten in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern.
- ▶ Die Ermöglichung von Teilhabe verlangt eine **stetige Anpassung an die Bedarfe und Bedürfnisse der Anspruchsberechtigten** und damit der Leistungsangebote. Es ist sicherzustellen, dass die Leistungserbringer darin unterstützt werden, die notwendigen personellen und fachlichen Ressourcen bereit zu stellen. Dazu müssen die fachlichen und qualitative Standards gesichert und stringent weiterentwickelt werden.

## Fazit

Zur Sicherung einer inklusiven und teilhabeorientierten Gesellschaft bedarf es einer leistungsfähigen Eingliederungshilfe. In der kommenden Legislatur ist weiterhin gemeinsam mit Leistungsberechtigten Leistungsträgern und Leistungserbringern daran zu arbeiten eine leistungsfähige Eingliederungshilfeinfrastruktur in Rheinland-Pfalz auf die Bedarfe und Bedürfnisse der Adressat\*innen auszurichten.





# Für eine zukunftsfähige Migrationspolitik

Sprachbarrieren, unklare, komplexe und sich ständig ändernde Rechtslagen sowie die zunehmende Bürokratie erschweren den Weg von Geflüchteten in unsere Gesellschaft. Unbehandelte Traumata und psychische Erkrankungen verschärfen diese Problemlagen zusätzlich. Ohne verlässliche Beratungs- und Unterstützungsstrukturen laufen die Betroffenen Gefahr, wichtige Informationen zu verpassen oder falsche Entscheidungen zu treffen. Es drohen Isolation und Ausgrenzung – mit gravierenden Folgen für Integration und soziale Teilhabe.

## Die aktuelle Situation stellt sich wie folgt dar:

- ▶ **Beratung und Unterstützung sind zentrale Schlüssel zur Integration**  
Sie vermitteln verlässliche Informationen, schaffen Vertrauen, bauen Ängste ab und eröffnen Zugänge zur sozialen Sicherung, Bildung, Arbeit und Gesellschaft. Zudem klären sie Missverständnisse und Konflikte frühzeitig und fördern so den sozialen Frieden. Nur eine gesicherte, flächendeckende Beratungsstruktur ermöglicht erfolgreiche Integration. Daher müssen die landesgeförderten Unterstützungs- und Beratungsangebote zukünftig nachhaltig gestärkt werden. Insbesondere die landesgeförderten Migrationsfachdienste (MFD) leisten hier wichtige Arbeit, weil sie keine Zielgruppen ausschließt und auch nachholende Integration umfasst.
- ▶ **Die psychosoziale Versorgung ist unverzichtbar**  
Unbehandelte Traumata und psychische Erkrankungen belasten die Betroffenen schwer und erschweren ihre soziale Teilhabe. Langfristig schwächen sie auch die Sozialsysteme, führen zu Produktivitätsausfällen und hohen Folgekosten. Die vom Land Rheinland-Pfalz geförderten sechs psychosozialen Zentren (PSZ) in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege bieten wirksame und effektive Beratungs- und Therapieangebote für Geflüchtete und Folteropfer – von psychosozialer und aufenthaltsrechtlicher Beratung über pädagogische Angebote bis hin zu Einzel- und Gruppentherapien für Erwachsene, Kinder und Jugendliche. Außenstellen und mobile Angebote sorgen für zusätzliche Präsenz in den sehr großen Versorgungsgebieten. Diese Struktur gilt es zu erhalten und auszubauen.
- ▶ **Problematische Finanzierung**  
Trotz der wichtigen Rolle der Migrationsfachdienste und der Psychosozialen Zentren bleibt die Finanzierung prekär: Zwar hat das Land die Finanzierung zuletzt verbessert, doch führen steigende Personal- und Sachkosten sowie nicht anerkannte Kosten dazu, dass zu den Eigenmittelanteilen weitere Kosten hinzukommen, die nicht refinanziert werden. Außerdem erfolgt die Förderung weiterhin auf Basis jährlich neu zu bewilligender Projektmittel. Die fehlende dauerhafte Perspektive erschwert es den Trägern, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

▶ **Wir fordern die Landespolitik auf, entschlossen zu handeln:**

Verstetigung und Verbesserung der Finanzierung: Landesmittel für die Migrationsfachdienste und die Psychosozialen Zentren müssen dauerhaft gesichert und an die realen Kosten angepasst werden. Hohe Eigenanteile und nicht finanzierte Kosten der Träger gefährden die Struktur und das Aufrechterhalten der Angebote in der Fläche.

- ▶ **Integration gelingt nicht von allein – sie braucht Strukturen.** Wir rufen die künftige Landesregierung auf, die Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Menschen und Migrant\*innen in Rheinland-Pfalz langfristig abzusichern und auszubauen. So können die Angebote der Freien Wohlfahrtspflege – wie die Migrationsfachdienste und Psychosozialen Zentren – von Beginn an, sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen als auch später in den Kommunen, eine nachhaltige und gerechte Unterstützung für alle Menschen mit Migrationshintergrund gewährleisten. Dies ist nicht nur Ausdruck humanitärer Verantwortung, sondern auch ein Gebot ökonomischer Vernunft und stärkt die gesellschaftliche Stabilität.

**Fazit**

Ohne verlässliche, flächendeckende Beratung und stabile psychosoziale Versorgung bleibt Integration brüchig – Sprachbarrieren, wechselnde Rechtslagen, Bürokratie und unbehandelte Traumata führen sonst zu Fehlentscheidungen, Isolation und vermeidbaren Folgekosten. Integration ist eine staatliche Daueraufgabe; wer jetzt in stabile Strukturen investiert, schützt Grundrechte, entlastet die Sozialsysteme und stärkt den sozialen Frieden in Rheinland-Pfalz – diese Infrastruktur muss jetzt politisch und finanziell abgesichert werden.



# Gewaltschutz für Frauen wirksam sichern

Gewalt gegen Frauen ist ein massives gesellschaftliches Problem – unabhängig von Herkunft, Alter oder sozialem Status. Die Istanbul-Konvention verpflichtet Deutschland und seine Bundesländer, Gewalt gegen Frauen zu verhindern, Betroffene zu schützen und Täter konsequent zu verfolgen. Rheinland-Pfalz hat hier in den letzten Jahren Fortschritte erzielt, aber die bestehenden Angebote reichen nicht aus.

Die Realität zeigt:

- Frauenunterstützungseinrichtungen stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen.
- Im ländlichen Raum bestehen deutlich schlechtere Zugänge zu Schutz und Beratung als in den Städten.
- Therapeutische Hilfen für traumatisierte Frauen, insbesondere für geflüchtete Frauen mit Gewalterfahrungen, sind kaum verfügbar.
- Vernetzung und Kooperation zwischen den bestehenden Beratungs- und Hilfestrukturen sind nicht systematisch abgesichert und leiden unter Personalmangel.

Damit Frauen in Rheinland-Pfalz wirksam geschützt werden, braucht es eine konsequente Weiterentwicklung der Gewaltschutzstrukturen. Schutz darf nicht vom Wohnort oder dem Aufenthaltsstatus abhängen.

## Unsere zentralen Forderungen

### ➤ Istanbul-Konvention konsequent umsetzen

Die Verpflichtungen der Konvention müssen vollständig in Landesrecht und -praxis verankert werden, mit klaren Zuständigkeiten und einer verbindlichen Fortschreibung der Landesstrategie.

### ➤ Therapeutische Angebote für traumatisierte Frauen aufbauen

Flächendeckender Ausbau von niedrigschwelligen Therapie- und Beratungsangeboten, insbesondere für geflüchtete Frauen mit geschlechtsspezifischer Gewalterfahrung.

### ➤ Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen und sichern

Bestehende Frauenhäuser, Fachstellen und Beratungsstellen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass Wartezeiten abgebaut und zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden können.

### ➤ Ländliche Räume gezielt stärken

In Regionen mit schlechter Versorgungslage braucht es mobile Beratungsangebote, digitale Zugänge sowie regionale Informationskampagnen, um Frauen den Zugang zu Schutz und Hilfe zu erleichtern.

### ➤ Vernetzung professionell absichern

Für Kooperation und Koordination zwischen Polizei, Justiz, Frauenunterstützungseinrichtungen und Jugendhilfe müssen zusätzliche personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

## Fazit

Gewaltschutz ist ein Menschenrecht. Rheinland-Pfalz muss dafür sorgen, dass Frauen überall im Land Zugang zu Schutz, Beratung und Therapie haben – unabhängig von Herkunft oder Wohnort. Eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und der Ausbau der Hilfestrukturen sind dafür unverzichtbar.

LIGA

der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



# Soziale Infrastruktur zukunftsfest machen





# Suchthilfe braucht klare politische Verantwortung

Riskanter und missbräuchlicher Substanzkonsum sowie problematisches Mediennutzungsverhalten oder andere Verhaltenssüchte wie Glücksspielabhängigkeit sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Jeder zehnte Mensch in Deutschland ist gefährdet oder bereits abhängig. Der Konsum von Suchtmitteln wie Alkohol, Cannabis oder auch Kokain bedroht Gesundheit, soziale Teilhabe und in Teilen auch die öffentliche Sicherheit. Suchthilfe rettet Leben, entlastet Familien und fördert soziale Teilhabe. Durch frühzeitige Hilfen lassen sich hohe Folgekosten vermeiden – etwa für teure Akutbehandlungen sowie für Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit oder bei suchterkrankungsbedingter Erwerbsunfähigkeit

Wir rufen die künftige Landesregierung auf, gemeinsam mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege eine moderne und tragfähige Suchtpolitik für Rheinland-Pfalz zu entwickeln, die auf dem Policy Mix aus Prävention, Beratung/Behandlung sowie Schadensminimierung basiert. Eine suchtpolitisch abgestimmte Strategie wirkt verhältnispräventiv und setzt klare Rahmenbedingungen für die verhaltenspräventiv ausgerichteten Maßnahmen der Suchthilfe. Die Angebote der Suchthilfe unterstützen Adressat:innen in der Entwicklung risikoärmerer Konsumweisen, vermindern Leidensdruck und lassen die betroffenen Menschen wieder an der Gesellschaft teilhaben.

## Unsere zentralen Forderungen

### ▶ Suchtberatungsstellen absichern

Es braucht verbindliche solide Finanzierungsmodelle statt prekärer Mischfinanzierung und hoher Trägeranteile. Beratungsstellen müssen ihre Angebote aufrechterhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln können. Sie sind für Betroffene und Angehörige meist die erste Anlaufstelle ins Hilfesystem und wurden in Rheinland-Pfalz im Jahr 2024 von knapp 13.500 Betroffenen und über 1.600 Angehörigen aufgesucht.

### ▶ Niedrigschwellige Hilfen auf- und ausbauen

Drogenkonsumräume und Drug-Checking-Angebote müssen erprobt und eingerichtet werden. Konsum psychoaktiver Substanzen findet auch in Rheinland-Pfalz statt – um die Risiken abzufedern, braucht es konsumbegleitende Angebote, die niedrigschwellige Zugangswege ins Hilfesystem ermöglichen.

### ▶ Suchthilfe zukunftsfähig machen

Träger benötigen verlässliche Finanzierungszusagen, um die Suchthilfe als attraktives Arbeitsfeld mit gut ausgebildeten Fachkräften besetzen zu können. Wir fordern das Land deshalb auf, bestehende Tarifsysteme der freien Wohlfahrtsträger anzuerkennen. Eine angemessene Vergütung gehört wie die Qualifizierung multiprofessioneller Teams dazu, um Rheinland-Pfalz mit einer hoch qualitativen- und adäquaten Suchthilfe auszustatten.

## Fazit

Suchthilfe ist Daseinsvorsorge – sie fördert ganzheitliche Gesundheit, stärkt soziale Teilhabe und entlastet Gesellschaft sowie öffentliche Haushalte. Angesichts veränderter Suchtmittel, Konsumformen und riskanter Verhaltensweisen, braucht Rheinland-Pfalz eine Suchtpolitik, die sich an modernen Standards orientiert und dynamisch auf Entwicklungstrends (Medien, synthetische Substanzen...etc.) reagieren kann.

Dies erfordert stabile Finanzierungsstrukturen, niedrigschwellige Zugänge und die Anerkennung fairer Arbeitsbedingungen in der Freien Wohlfahrtspflege. Trotz der angespannten finanziellen Lage von Kommunen, Ländern und Bund muss anerkannt werden, dass die rheinland-pfälzische Suchthilfe gestärkt werden muss. Einsparungen in diesem Bereich sind kurzsichtig: Sie führen langfristig zu deutlich höheren Folgekosten, einem Rückbau der Hilfsangebote und schmälern die Chancen für die Betroffenen und ihr Umfeld auf echte gesellschaftliche Teilhabe.

der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.





## Eine gesunde Gesellschaft für alle

Gesundheit ist weit mehr als die Abwesenheit von Krankheit – sie umfasst das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden jedes Menschen. Eine gesunde Gesellschaft entsteht, wenn alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Status Zugang zu guter Versorgung, präventiven Angeboten und verlässlicher Unterstützung haben. Besonders wichtig ist dabei die Stärkung der psychischen Gesundheit, die durch zunehmende Belastungen in Alltag, Beruf und Gesellschaft immer stärker in den Fokus rückt.

Wohlfahrtsorganisationen, Kommunen und soziale Einrichtungen spielen eine zentrale Rolle, weil sie Menschen in allen Lebensphasen erreichen und präventiv wirken können. Gesundheitspolitik muss daher ganzheitlich, inklusiv und niedrigschwellig gestaltet sein – mit barrierefreien Strukturen, mehrsprachigen Informationen und Angeboten, die speziell auf Kinder, Erwachsene und Senior\*innen zugeschnitten sind.

So wird Gesundheit zu einem gemeinsamen Ziel: als Grundrecht und als Fundament für Teilhabe, Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

### Unsere zentralen Forderungen

#### ▶ Psychische Gesundheit stärken

Psychische Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Leistungsfähigkeit und Lebensqualität. Angesichts steigender Belastungen durch Pandemiefolgen, demografischen Wandel und zunehmenden sozialen Spannungen setzen wir uns dafür ein, präventive und therapeutische Angebote auszubauen.

- Kinder und Jugendliche: Frühzeitige Förderung mentaler Gesundheit durch schulische und außerschulische Programme, niedrigschwellige Beratungsangebote, Präventionsworkshops und Zugang zu psychologischer Unterstützung.
- Erwachsene: Stärkung von betrieblichen und kommunalen Programmen zur Stressbewältigung, Selbsthilfegruppen und Zugang zu psychotherapeutischen Angeboten.
- Senior\*innen: Spezialisierte Angebote für ältere Menschen, etwa soziale Aktivitäten, Beratung bei Einsamkeit und altersgerechte psychische Gesundheitsförderung

#### ▶ Wohlfahrtsträger als zentrale Gesundheitsförderer

Wohlfahrtsorganisationen sind zentrale Akteure der Gesundheitsförderung und erreichen Menschen in allen Lebensphasen. Sie leisten präventive Arbeit, unterstützen in Krisen und bieten niedrigschwellige Angebote für unterschiedliche Altersgruppen. Durch gezielte Förderung und Vernetzung mit kommunalen Gesundheitsdiensten sollen besonders vulnerable Gruppen wie Kinder in Risikolagen, Menschen mit Behinderungen, Senior\*innen, Migrant\*innen sowie erwerbslose Menschen und von Armut betroffene besser erreicht werden.

### ▶ **Ganzheitliche Gesundheitsversorgung für alle**

Gesundheit ist ein Menschenrecht – unabhängig vom Aufenthaltsstatus, Einkommen oder Herkunft. Wir setzen uns für eine flächendeckende, integrative Versorgung ein, die physische, psychische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Kommunale Versorgung: Kommunen spielen eine zentrale Rolle in der regionalen Gesundheitsversorgung. Wir fördern die Vernetzung von Ärzt\*innen, Therapeut\*innen, Beratungsstellen und Wohlfahrtsorganisationen, um eine wohnortnahe, bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen, um Synergieeffekte vor Ort effizient zu nutzen. Zugänglichkeit für alle: Barrierefreie Strukturen, Entbürokratisierung und leicht verständliche Informationen sollen dafür sorgen, dass Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior:innen gleichermaßen von Gesundheitsangeboten profitieren.

### ▶ **Förderung von Gesundheitskompetenz – niedrigschwellig und mehrsprachig**

Gesundheitskompetenz befähigt Menschen, Informationen über Gesundheit zu verstehen, zu bewerten und anzuwenden. Wir setzen auf niedrigschwellige und mehrsprachige Informationsangebote, um eine gesunde Lebensweise zu ermöglichen und die Prävention und Selbsthilfe fördern:

- Kinder und Jugendliche: Schulische Aufklärung, digitale Lernformate, altersgerechte Informationen.
- Erwachsene: Beratungsangebote in Gemeinden, Betrieben und Familienzentren, digitale Tools und Workshops.
- Senior\*innen: Angebote in Senioreneinrichtungen, Nachbarschaftshilfe und leicht verständliche Materialien.

### **Fazit**

Eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik muss resortübergreifend, ganzheitlich, inklusiv und vorbeugend ausgerichtet sein. Durch die Förderung psychischer Gesundheit, die zentrale Rolle der Wohlfahrtsträger, eine universelle und kommunal verankerte Gesundheitsversorgung sowie niedrigschwellige, mehrsprachige Angebote sichern wir eine Gesellschaft, in der Gesundheit kein Privileg, sondern ein Grundrecht für alle Altersgruppen ist. Unabhängig von sozioökonomischem Status, Alter, Geschlecht, Wohnort oder anderer Exklusionsfaktoren.



# Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege

Soziale Einrichtungen der Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz betreuen besonders benachteiligte und vulnerable Menschen – gerade sie sind den Folgen zunehmender Hitze, Starkregen und Trockenheit ausgesetzt. In RLP ist es heuer bereits um ~1,7–1,8 °C wärmer als im historischen Durchschnitt; die Zahl der extrem heißen Tage nimmt zu, die Wassertemperatur des Rheins steigt Jahr für Jahr. Das Land hat 2024 einen Hitzeaktionsplan vorgelegt.

Jetzt müssen auch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege systematisch eingebunden und (finanziell) befähigt werden, ihre Gebäude, Prozesse und Dienste resilient und klimaneutral umzubauen. Die Freie Wohlfahrtspflege ist ein „Hebel“: in Rheinland-Pfalz sind es über 7000 Dienste und Einrichtungen, mehr als 6000 Gebäude, und damit relevante Fahrzeugflotten- und Beschaffungsvolumina.

Ohne diesen Sektor sind die Klimaziele des Landes kaum erreichbar. Darum braucht es klare rechtliche und sozialrechtliche Vorgaben, um förderfähige Strukturen und eine additive Refinanzierung von Nachhaltigkeitskosten zu etablieren.

Das „funktioniert“ bereits:

- Das BMUV-Programm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen (AnpaSo)“ fördert Konzepte (bis 70 T€), investive Maßnahmen (bis 500 T€) und Klimaanpassungsbeauftragte; die Evaluation bescheinigt direkte Schutzwirkung für Menschen und Infrastruktur.
- Umweltmanagementsysteme (UMS) wie EMAS/ISO 14001 erhöhen die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit: sie schaffen belastbare Daten, klare Ziele, Compliance-Sicherheit und kontinuierliche Verbesserungen – mit messbaren Effekten. Beispiel: AWO-Projekt „klimafreundlich pflegen – überall!“, durchschnittlich 0,87 t CO<sub>2</sub>e pro Bewohner\*in eingespart (-12,4 %, gesamt 4.041 t CO<sub>2</sub>e). EMAS verlangt zudem Kernindikatoren und Zielsteuerung – ein strukturierter Vorteil für Träger.

## Unsere zentralen Forderungen

- ▶ **Umweltmanagement-Förderprogramm „Klima und Resilienz Soziales RLP“ auflegen**  
Zuschüsse (bis 80 %) für Einführung/Weiterentwicklung von EMAS/ISO 14001 in sozialen Einrichtungen inkl. Erstberatung, Datensystemen, Schulungen und je Träger einer Stelle „Klima-/Anpassungsmanagement“. Damit ließen sich nachweisbar und skalierbar CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Betriebskosten senken.
- ▶ **Additive Refinanzierung gesetzlich klarstellen**  
Nachhaltigkeits- und Anpassungskosten (u. a. Berichterstattung, Konzeptarbeit, Monitoring) sind in Investitions- und Betriebskosten zusätzlich anzuerkennen; Lebenszykluskosten als Standard der Wirtschaftlichkeitsprüfung in Pflugesatz-/Entgeltverhandlungen verankern.

➤ **Förderrichtlinie „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“**

Das Land schafft eine dauerhafte Ko-Finanzierungsschiene für Klimaanpassungsmaßnahmen (Konzept + Umsetzung), damit für gemeinnützige Träger faktisch kein Eigenanteil verbleibt (80–90 % Bund + Landeszuschuss). Das hat sich bereits in anderen Bundesländern als ein effektives Element sozial gerechter Klimapolitik erwiesen (vgl. Nordrhein-Westfalen)

➤ **Eigenenergie und Contracting erleichtern**

Rechtssichere Klarstellung: PV-Eigenstrom, Ladeinfrastruktur und PPA/Contracting gefährden nicht die Gemeinnützigkeit; landesseitig sind Standardverträge und Muster-PPAs bereitzustellen. Contracting als Best-Practice für Sozialeinrichtungen bewerben und fördern wobei auch hier zinsgünstige Anschubfinanzierungen wirkungsvoll sind.

➤ **Landesprogramm „Sozialimmobilien hitzerobust & klimaneutral“ (2026–2030)**

Kombination aus Sanierungs- und Anpassungsförderung für Pflege, Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe: außenliegender Sonnenschutz, Begrünung/Entsiegelung, Lüftungs-/Nachtkühlkonzepte, Trinkwasserkühlpunkte, hydraulischer Abgleich, Wärmepumpen, PV/ Speicher; verbindliche, einrichtungstypspezifische Leitlinien für Neubau/Sanierung. Dies wäre eine konsequente Umsetzung des Hitzeaktionsplans des Landes.

**Fazit**

Umweltmanagementsysteme senken Betriebskosten (Energie, Abfall, Wasser) und stabilisieren Budgets. Sie reduzieren Ausfallrisiken bei Extremwetter (insb. Hitzewellen) und erleichtern den Zugang zu Förder- bzw. Bundesprogrammen. Praxisdaten belegen Einsparungen, Skalierbarkeit und Relevanz für Träger, besonders in Rheinland-Pfalz. Energiesanierung und Investitionen in Energieeffizienz sind zentrale Bausteine, um Klimaschutzziele zu erreichen, Langzeitsicherheit zu fördern und Fördermittelzugänge zu erleichtern.

Ziel ist es Schutz und Teilhabe vulnerabler Gruppen auch unter Klimastress sicherzustellen, mit Langzeitsicherheit durch Energiesanierung und Fördermittelzugänge in Rheinland-Pfalz.

Sozial gerechter Klimaschutz und Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen in Rheinland-Pfalz sollen als verbindliche Ziele definiert werden und dürfen nicht nur eine Vision bleiben.



## Aufrechterhaltung sozialer Einrichtungen in Katastrophenlagen

Durch größere und komplexere Lagen werden die Strukturen des Katastrophenschutzes und der Verbände und Einrichtungen der LIGA und anderer Träger, in Rheinland-Pfalz nachhaltig auf die Probe gestellt. Große Flächenlagen, wie im Ahrtal, aber auch länger anhaltende Versorgungsunterbrechungen, sind eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten. Die Einrichtungen der sozialen Arbeit versorgen zehntausende Menschen in Rheinland-Pfalz, die Aufrechterhaltung ihrer Betriebsfähigkeit ist essenziell für alle Beteiligten in mehreren Ebenen.

Aus Sicht der LIGA bedarf es daher

### ► **Fähigkeit zur Resilienz stärken**

Bislang ist der Katastrophenschutz dabei auf eine schnelle, kurzfristige und punktuelle Hilfe ausgelegt. Auch die Einrichtungen der sozialen Arbeit halten keine oder nur geringe Ressourcen vor, die bei Ausfällen von essenziellen Strukturen (Strom, Wasser, Gas, Lebensmittel etc.) greifen. Diese Lücken gilt es beiderseits zu schließen. Die Einrichtungen müssen dabei eine Resilienz aufbauen, die es ihnen ermöglicht auch ohne externe Hilfe erste Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der jeweiligen Menschen zu ergreifen. Gleichzeitig muss dem Katastrophenschutz die jeweiligen Einrichtungen und ihre Unterstützungsbedarfe bekannt sein.

### ► **Fähigkeit zur Einsatzfähigkeit in den Fokus nehmen**

Die Gesellschaft funktioniert, weil Menschen mehr tun als Sie müssen. Auf diesem Grundsatz fußt die Ehrenamtlichkeit als Pfeiler des Katastrophenschutzes. Mit diesem Grundsatz muss aber auch die Funktionalität sozialer Einrichtungen betrachtet und in Einklang gebracht werden. Einsatzkräfte, die durch familiäre Verpflichtungen oder den Wegfall entscheidender Unterstützungsstrukturen, wie einer KiTa nicht einsatzfähig sind, fehlen an entscheidender Stelle. Es muss also auch in Krisenfällen eine, zumindest reduzierte Möglichkeit geben, Kinder und Schutzbefohlene bei Bedarf zu betreuen.

### ► **Fähigkeit zur Vernetzung schaffen**

Die politische Zuständigkeit für den Katastrophenschutz liegt naturgemäß im Innenministerium. Über das neue Landesamt für Katastrophenschutz muss zukünftig eine Vernetzung mit den Einrichtungen der Sozialen Arbeit ermöglicht werden. Denkbar wäre die Etablierung eines Fachberaters oder einer Landesfacheinheit Soziales, die in Stäben und Leitungsgruppen fachlich unterstützend tätig werden können. Mit der Etablierung solcher Strukturen könnte Rheinland-Pfalz, auch aus der Erfahrung des Ahrtales heraus, eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Einrichtungen mit ihren besonderen Bedarfen aber ggf. auch Ressourcen müssen abgesichert sein, um weitreichende Folgen für die Menschen zu vermeiden. Ein Versorgungsengpass führt so im zweiten Schritt auch zu Ausfällen von Einsatzkräften, die sich ggf. um ihre Angehörigen kümmern müssen. Ein Altenheim bietet dem Katastrophenschutz bei ungewöhnlichen Lagen besondere Herausforderungen, die Versorgung mit verschiedenen Kostformen, die Kühlung von lebensnotwendigen Medikamenten oder die Betreuung von Menschen mit Weglauftendenz oder demenziell Erkrankten sind dabei nur einige Beispiele.



### ➤ **Fähigkeit den Betriebs aufrecht zu erhalten**

Die Einrichtungen benötigen Konzepte, die es ermöglichen Erhaltungsstrukturen für einen Notbetrieb zu entwickeln und zu etablieren. Dazu gehören insbesondere die Versorgung der Menschen bei Ausfällen der Wasser- oder Stromversorgung, aber auch bei Unterbrechung von Versorgungswegen, wie in der Ahrtalkatastrophe. Zur Umsetzung benötigt es entsprechende finanzielle und strukturelle Mittel. Zusätzlich müssen Dienste die ambulant arbeiten, bei Bedarf über entsprechende Fahrzeuge oder Transportmöglichkeiten verfügen oder gesichert darauf zugreifen können, um die von ihnen zu Versorgenden zu erreichen. Ein ambulanter Pflegedienst ohne Benzin oder nur mit der Möglichkeit einen Querfeldein-Weg zu benutzen, erreicht die Menschen nicht.

### ➤ **Fähigkeit zur interdisziplinären Zusammenarbeit fördern**

Die erwähnten Fachberater oder -einheiten könnten mit ihrer Expertise und dem Blick für die besonderen Bedarfe in die Strukturen und Arbeiten des Katastrophenschutzes einfließen lassen. Fachberater leisten bereits heute im Katastrophenschutz wertvolle Beiträge in Einsatzlagen und -stäben. Das DRK hat beispielsweise in der Bearbeitung der Ahrallage mehrfach Mitarbeitende der Fachbereiche Soziale Arbeit in beratender Funktion in die Stabsarbeit involviert.

### ➤ **Fähigkeit zur Ressourcenfreigabe verankern**

Vorhandene Ressourcen der Sozialen Arbeit müssen nachhaltig erfasst und nutzbar gemacht werden. So könnten Auszubildende aus sozialen oder pflegerischen Berufen in Krisensituationen von schulischen Veranstaltungen freigestellt werden, um direkt in die Versorgung Schutzbefohlener eingebunden zu werden. Dafür benötigt es entsprechende gesetzliche Freistellungs- und Erstattungsrichtlinien. Leitungen und Mitarbeitende in sozialen Einrichtungen müssen Krisentrainings durchlaufen, Einrichtungen selbst regelmäßig mit dem örtlichen Brand- und Katastrophenschutz üben, um auf potenzielle Situationen vorbereitet zu sein. Träger von Einrichtungen sollten in der Lage sein, ihre Bedarfe zur Versorgung der Menschen so zu formulieren, dass diese vom

## **Fazit**

Umweltmanagementsysteme senken Betriebskosten (Energie, Abfall, Wasser) und stabilisieren Budgets. Sie reduzieren Ausfallrisiken bei Extremwetter (insb. Hitzewellen) und erleichtern den Zugang zu Förder- bzw. Bundesprogramme. Energiesanierung und Investitionen in Energieeffizienz sind zentrale Bausteine, um Klimaschutzziele zu erreichen, Langzeitsicherheit zu fördern und Fördermittelzugänge zu erleichtern.

Ziel ist es Schutz und Teilhabe vulnerabler Gruppen auch unter Klimastress sicherzustellen, mit Langzeitsicherheit durch Energiesanierung und Fördermittelzugänge in Rheinland-Pfalz.

Sozial gerechter Klimaschutz und Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen in Rheinland-Pfalz sollen als verbindliche Ziele definiert werden und dürfen nicht nur eine Vision bleiben.

LGGA

der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



# Armut in allen Altersschichten bekämpfen





# Armut sichtbar bekämpfen

Armut ist in Rheinland-Pfalz längst kein Randphänomen mehr. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht zeigt: Rund 16 % der Menschen im Land sind armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Menschen mit Migrationsgeschichte, Erwerbslose sowie immer mehr ältere Menschen. Die Inflation, steigende Energiepreise und Mieten verschärfen die Lage zusätzlich.

Die Rückmeldungen von Betroffenen machen deutlich: Armut bedeutet nicht nur weniger Geld, sondern Einschränkungen bei Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe. Trotz bestehender Landesprogramme sind die Hilfen oft unzureichend, erreichen die Menschen zu spät oder greifen an den realen Bedarfen vorbei.

Die LIGA fordert deshalb ein entschlossenes Umsteuern in der Landespolitik. Es geht darum, die Lebensrealitäten armutsbetroffener Menschen ernst zu nehmen, soziale Infrastruktur zu sichern und die Teilhabe aller zu ermöglichen. Rheinland-Pfalz muss ein Land sein, in dem niemand zurückgelassen wird.

## Unsere zentralen Forderungen:

### ▶ **Bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern**

Bau von Sozialwohnungen mit dauerhafter Bindung, Einführung eines Sozialschlüssels bei Neubau, Verbot von Leerstand. Flächendeckende Umsetzung von Housing First und Sanierung bestehender Notunterkünfte.

### ▶ **Grundsicherung armutsfest ausgestalten**

Anhebung des Bürgergeldes auf mindestens 813 Euro monatlich, wie vom Paritätischen empfohlen. Keine Kürzungen oder Sanktionen in der geplanten „Neuen Grundsicherung“. Anpassung der Kosten der Unterkunft an die realen Mieten

### ▶ **Gesundheit und Teilhabe garantieren**

Ausbau unabhängiger Sozialberatungsstellen („Soziallotsen“), Sicherstellung schneller Leistungsgewährung, Stärkung von Prävention und niedrigschwelligen Angeboten für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen

### ▶ **Mobilität für alle ermöglichen**

Einführung eines landesweiten Soziantickets, deutlich günstiger als das 49-Euro-Ticket, um soziale Teilhabe und den Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheit zu gewährleisten

### ▶ **Armut im Alter bekämpfen**

Schutz vor Altersarmut durch verbesserte Renten, gezielte Unterstützung pflegender Angehöriger und Sicherung einer würdevollen Existenz im Alter. Altersarmut ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck struktureller Ungerechtigkeit

## Fazit

Armut ist in Rheinland-Pfalz nicht akzeptabel und missachtet die individuelle Würde unserer Bürger\*innen. Es braucht eine Politik, die konsequent gegen soziale Spaltung arbeitet und Teilhabe für alle ermöglicht. Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege fordert - auch in ihrer Rolle als Mitglied der Landesarmutskonferenz, dass die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung generationsübergreifend im zukünftigen Landtag oberste Priorität erhält.



# Wohnungsnotfallhilfe ausbauen

In Rheinland-Pfalz existiert ein breit gefächertes Angebot an Hilfe für wohnungslose Menschen, 19 Resozialisierungseinrichtungen, 12 Plätze im dezentralen Wohnen für junge Menschen und Frauen sowie 100 Wohngemeinschaftsplätze für umherziehende Wohnungslose und Haftentlassene in der Verantwortung des Landes. Die örtlichen Träger der Sozialhilfe sind für alle weiteren Formen der ambulanten Wohnungslosenhilfe zuständig, insbesondere für Tagesaufenthalte und Streetwork, reine Übernachtungseinrichtungen (sogenannte Herbergen), sonstige Formen des ambulant betreuten Wohnens und die Nachsorge im Anschluss an eine stationäre Unterbringung.

Trotzdem gibt es viele weiße Flecken, ganze Landkreise, in denen es keine Angebote für wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen gibt. Auch variiert die Angebotsvielfalt stark und hängt oftmals vom Willen und der Finanzkraft der Kommunen ab. Nicht zuletzt ist die Arbeit mit Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten auch davon geprägt, dass die helfenden Einrichtungen Leidtragende unklarer Zuständigkeiten werden und lange auf Zahlungen warten müssen, teilweise auf den Kosten sitzen bleiben.

## Unsere zentralen Forderungen

### ➤ **Ausbau der Hilfen für Wohnungslosigkeit**

Konsequente Umsetzung der im Jahr 2019 vom LSJV des Landes Rheinland-Pfalz veröffentlichten Rahmenempfehlungen zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Hilfen für von Wohnungslosigkeit bedrohte und betroffene Menschen in Rheinland-Pfalz.

### ➤ **Prävention stärken**

Wohnungs- und Obdachlosigkeit entstehen nicht plötzlich. Meist gehen ihnen finanzielle, gesundheitliche oder familiäre Krisen voraus. Um Wohnungsverlust wirksam vorzubeugen, braucht es gezielt ausgerichtete und verlässlich finanzierte Präventionsstrukturen wie Fachstellen zur Wohnraumsicherung, niedrighschwellige Schuldner- und Suchtberatung und aufsuchende soziale Hilfen. Diese Angebote müssen flächendeckend verfügbar, frühzeitig erreichbar und langfristig abgesichert sein.

➤ **Hilfen aus einer Hand** (des überörtlichen Trägers), als Grundlage für die Entwicklung einheitlicher Hilfestandards und zur Vermeidung von Reibungsverlusten in Bezug auf Unklarheiten der Zuständigkeiten und die Leistungserbringer verlässliche Vertragspartner haben.

### ➤ **Die Komplexität der Problemlagen anerkennen**

Hilfen nach § 67 SGB XII sind Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Ohne festen Wohnsitz zu sein, ist ein Merkmal, aber es reicht nicht aus, den Menschen eine Bleibe zur Verfügung zu stellen. Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten benötigen Unterstützung in verschiedenen Bereichen, daher ist es wichtig die Komplexität der Problemlagen zu erkennen und entsprechend damit umzugehen. Das geht nur mit der nötigen Expertise und Professionalität. Wohnungsnotfallhilfe braucht eine auskömmliche Refinanzierung sowohl der stationären als der ambulanten Angebote.

➤ **Flächendeckende Angebote der Wohnungsnotfallhilfe**

Insbesondere Fachberatungsstellen, Tagesaufenthalte und Streetwork! Von Wohnungslosigkeit betroffene oder bedrohte Menschen müssen überall Hilfe bekommen können. Kommunen, die dieser Aufgabe nicht nachkommen, sollten sich an der Finanzierung der Hilfen im Land beteiligen.

➤ **Um Wohnungsnot zu überwinden braucht es ausreichend bezahlbaren Wohnraum**

Derzeit ist Wohnraum knapp und sehr teuer. Schon Menschen mit durchschnittlichen Einkommen haben es schwer auf dem angespannten Wohnungsmarkt etwas zu finden. Für Menschen in prekären Situationen, mit Schulden, Suchterkrankungen und anderen Problemlagen, ist es nahezu aussichtslos. Daher bedarf es zwingend einer sozialwohnungsbaulichen Kursänderung: Auslaufende Sozialbindungen müssen verlängert und sozialer Wohnungsbau vorangetrieben werden. Zudem sollte geprüft werden, inwieweit bestehende ungenutzte Immobilien dem sozialen Wohnungsmarkt zugeführt werden könnten.

**Fazit**

Gesundheit und soziale Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Wer keinen sicheren Wohnraum, keine soziale Unterstützung oder keinen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung hat, läuft Gefahr, an den Rand der Gesellschaft zu geraten. Eine zukunftsorientierte Sozial- und Gesundheitspolitik muss daher ganzheitlich denken: Sie stärkt psychische und körperliche Gesundheit, sichert Prävention und Teilhabe und sorgt für stabile Lebensverhältnisse.



# Sozialen Wohnungsbau fördern

Bezahlbarer Wohnraum ist vielerorts Mangelware – besonders für Haushalte mit geringem oder mittlerem Einkommen. In Rheinland-Pfalz fördert das Land selbstgenutzten und Mietwohnraum über zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse mittels der Investitions- und Strukturbank (ISB) mit Tilgungszuschüssen und verbilligten Zinsen.

Doch trotz dieser Programme bleibt die Schere zwischen Wohnungsangebot und Nachfrage groß – vor allem in Ballungsräumen und strukturschwachen Regionen.

Auch national wurde 2024 ein Aufschwung im sozialen Wohnungsbau gemeldet: 61.934 Wohneinheiten wurden gefördert – ein Plus von 25 % gegenüber 2023. Rheinland-Pfalz steuerte davon 2.443 Einheiten bei.

Zudem zeigen Studien: Instrumente wie Wohngeld und Mietwohnungsbindungsverträge leisten derzeit „nur einen sehr eingeschränkten Beitrag für die Versorgung der Haushalte mit den größten sozialen Wohnversorgungsbedarfen“.

Wenn Menschen in existenziellen Notsituationen dauerhaft eine Wohnung finden sollen, muss die Wohnraumförderung über punktuelle Projekte hinaus als strategisches Rückgrat sozialer Sicherheit wirken.

## Unsere zentralen Forderungen:

### ➤ Verbindliche Zielzahlen für Sozialwohnungen

Rheinland-Pfalz muss jährlich konkret definierte Mindestzahlen an geförderten, dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen schaffen (z. B. zu einem Prozent des Wohnungsbestands). Nur so entsteht Planungssicherheit für Bauunternehmen, Träger und Kommunen.

### ➤ Langfristige Bindungen und Belegungsrechte sichern

Sozialbindungen dürfen nicht nach kurzer Frist auslaufen. Mietpreis- und Belegungsbindungen sind über längere Zeiträume (z. B. 30 Jahre oder mehr) zu definieren. Ausstiegsklauseln sind durch Rückkaufsrechte oder Kompensationsregelungen zu verhindern.

### ➤ Förderverfahren beschleunigen, Bürokratie abbauen

Bewilligungsverfahren bei der Investitions- und Strukturbank RLP und anderen Stellen müssen straffer gestaltet werden. Langwierige Antragsverfahren verzögern den dringend notwendigen Baubeginn von bezahlbarem Wohnraum.

### ➤ Integration von Wohnungsnotfallhilfe mit Wohnraumförderung gewährleisten

Soziale Wohnraumförderung und Wohnungslosenhilfe dürfen nicht als getrennte Systeme betrachtet werden. Konzepte wie Housing First (direkter Zugang zu eigener Wohnung) müssen mit Sozialbindung und gezielter Förderung verbunden werden.

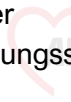
### ➤ Regionale Förderschwerpunkte und flankierende Maßnahmen stärken

In ländlichen Gebieten, strukturschwachen Kommunen oder Gebieten mit hoher Wohnungsnot müssen höhere Förderquoten gelten. Zusätzlich sind Mietschuldenprävention, kommunale Bodenpolitik (z. B. Erbbaurechte) und Gemeinschaftswohnformen zu fördern.

## Fazit

Wohnen ein Menschenrecht. Soziale Wohnraumförderung ist kein Luxus – sie ist eine Grundvoraussetzung für Teilhabe, soziale Stabilität und Lebensqualität. Rheinland-Pfalz muss diese Förderung strategisch aufstellen: mit verbindlichen Zielen, langanhaltenden Bindungen, effizientem Verfahren und integrierter Verbindung zur Wohnungsnotfallhilfe. Nur so kann Versorgungssicherheit für alle gewährleistet werden.

Verband der Freien Wohlfahrtspflege  
Rheinland-Pfalz e.V.



caritas

PARITÄT





## Würdiges Altern: Teilhabe und Inklusion sichern

LIIGA der Freien Wohlfahrtspflege

Deutschland wird älter – dies trifft für Rheinland-Pfalz in besonderem Maße zu. Ende 2024 gehörten rund 961.229 Menschen, also etwa 23,3 % der Bevölkerung, in Rheinland-Pfalz zur Altersgruppe 65+. Prognosen gehen davon aus, dass bis 2035 die Zahl der 65- bis 79-Jährigen auf ca. 842.060 steigen wird – das sind deutlich mehr als heute. Mit dem wachsenden Anteil älterer Menschen steigen auch die Anforderungen an soziale, pflegerische und wohnliche Strukturen, damit Altern würdig und selbstbestimmt gelingt.

Altersarmut und Pflegebedürftigkeit real und steigend. Ende 2024 lebten in Rheinland-Pfalz über 56.200 Menschen, die Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung beziehen, was gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 2,8 % bedeutet. Frauen sind von Altersarmut stärker betroffen als Männer, besonders wenn Arbeit, Erwerbsbiografien oder Versorgungslücken aufholen müssen. Gleichzeitig hat sich gezeigt: Die Hilfs- und Pflegebedarfe steigen, die Belastungen durch Pflege, Barrieren im Wohnraum und geringe Ressourcen verschärfen die Situation vieler älterer Menschen.

Gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist die soziale und gesundheitliche Infrastruktur im ländlichen Raum besonders gefährdet. Viele ältere Menschen haben die Sorge, in ihrem unmittelbaren Umfeld nicht mehr ausreichend versorgt zu werden – sei es im Hinblick auf medizinische Leistungen, Mobilität oder pflegerische Unterstützung. Daher braucht es eine gezielte Stärkung der Sozialräume auf dem Land.

### Unsere zentralen Forderungen:

- ▶ **Absicherung der ambulanten Pflege**  
Um Versorgungslücken zu schließen und ein Leben im gewohnten Umfeld zu ermöglichen, benötigt Rheinland-Pfalz flächendeckende Möglichkeiten für ambulante Pflege, die auch die ländlichen Regionen abdeckt
- ▶ **Verlässliche und ausreichende Finanzierung der BeKO-Struktur**  
Die Beratungs- und Koordinierungsstellen müssen dauerhaft finanziert werden, mit realistischen Förderquoten, so dass Personal, Beratungskapazitäten und Besuchs-/Mobilitätsangebote gesichert sind.
- ▶ **Verlässliche Infrastruktur für Mobilität & medizinische Versorgung:** Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote für seniorengerechte Umbauten, barrierefreier öffentlicher Raum, ÖPNV, digitale Teilhabe – damit Menschen möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld bleiben können.
- ▶ **Maßnahmen gegen Altersarmut verstärken**  
Regelmäßige und ausreichend dimensionierte Rentenanpassungen, die Preisentwicklung und Lebensverhältnisse älterer Menschen real berücksichtigen sowie armutsfeste Leistungen wie Grundsicherung transparenter gestalten.



▶ **Förderung von Teilhabe und Mitgestaltung älterer Menschen**


Beteiligungsformate wie „Gut leben im Alter“ ausweiten. Kommunikation, Treffpunkte und Projekte, die ältere Menschen aktiv in Gestaltung ihres Lebensraums einbeziehen – generationenübergreifend, inklusiv, niedrigschwellig.

▶ **Prävention und Gesundheitsversorgung stärken**

Frühzeitige Gesundheitsvorsorge, psychosoziale Beratung, Angebote zur Beweglichkeit und Mentalgesundheit – und eine enge Verzahnung mit Pflege- und Sozialdiensten, damit Pflegebedürftigkeit verzögert und Lebensqualität erhalten wird.

**Fazit**

Ältere Menschen haben ein Recht auf ein würdiges, aktives und gut gestaltetes Altern. Wir rufen den Landtag und die künftige Landesregierung in Rheinland-Pfalz auf, Altern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, Strukturen nachhaltig abzusichern und Altersarmut, Isolation und Barrieren konsequent zu bekämpfen. Für eine solidarische und generationengerechte Gesellschaft brauchen wir jetzt klare Rahmenbedingungen und entschlossenes Handeln. Nur durch eine ganzheitliche Stärkung von Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Pflegeangeboten kann älteren Menschen die notwendige Sicherheit und Teilhabe vor Ort gewährleistet werden.



## Brücken in den Arbeitsmarkt bauen und Teilhabe an Gesellschaft ermöglichen

Die Zahl der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen in Rheinland-Pfalz steigt wieder an. Im September 2024 waren es im Rechtskreis des SGB II noch etwa 33.570 langzeitarbeitslose Personen, ein Jahr später 36.370 und damit der höchste Stand seit 10 Jahren. Auf dem Ausbildungsmarkt suchten mit Stand August 2025 rund 4.500 Jugendliche in Rheinland-Pfalz noch einen Platz, während etwa 5.800 Ausbildungsstellen unbesetzt blieben.

Die Zahl der suchenden Jugendlichen ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen, während die der unbesetzten Ausbildungsstellen zurückgegangen ist. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Juni 2025 bei 1.487.800 (+0,1 % zum Vorjahr) mit Zuwächsen u. a. in Gesundheit, Soziales, öffentlicher Verwaltung und Erziehung, Rückgängen dagegen im Verarbeitenden Gewerbe und Bau. Zugleich zeichnet sich seit einiger Zeit ein zunehmender Fach- und Arbeitskräftemangel ab, gerade auch im sozialen Bereich und in der Pflege. Dieser Mangel wird sich weiter verstärken. Im Fachdiskurs wird hier von der sogenannten Mismatch-Arbeitslosigkeit gesprochen. Die Arbeitslosen passen nicht zu den offenen Stellen.

Aus Sicht der LIGA RLP bestehen daher zwei zentrale Herausforderungen in der Arbeitsmarktpolitik.

**Erstens** geht es darum, die **Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen** und nicht die davon betroffenen Menschen. Das bisherige Engagement des Landes in der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist ausdrücklich zu begrüßen und ist unbedingt weiter fortzuführen. Das Fördern muss aber auch im Zentrum der Arbeitsmarktpolitik des Bundes stehen. Die Landesregierung und alle demokratischen Parteien im Land sollten hierzu vereint alle politischen Einflussmöglichkeiten nutzen, gerade als aktuelles Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz.

**Zweitens** sollten darüber hinaus bestehende Chancen des aktuellen Fachkräftebedarfs im Sozialen und in der Pflege noch viel stärker diskutiert und genutzt werden. Das gilt auch für die sich aus dem Sondervermögen für die Länder ergebenden Chancen für Beschäftigung und Qualifizierung.

### Darum fordert die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege:

▶ Eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration benötigt eine **ausreichende und langfristig verlässliche Finanzierung**. Hier ist der Bundesgesetzgeber ausdrücklich gefordert.

- Dies betrifft sowohl den Verwaltungstitel wie auch den Eingliederungstitel. Die seit vielen Jahren stattfindenden Umschichtungen aus dem Eingliederungstitel in den Verwaltungstitel sind zu vermeiden. Die bestehende Ausschreibungspraxis ist kritisch zu hinterfragen.
- Das Teilhabechancengesetz und mit ihm der soziale Arbeitsmarkt wurde erfolgreich evaluiert. Das Gesetz wurde entfristet. Es braucht jedoch eine entsprechende finanzielle Ausstattung, damit das Gesetz überhaupt angewendet werden kann und von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Personen neue Chancen auf Teilhabe erhalten.
- Es braucht mehr berufsbegleitende Sprachförderung. Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ist zu erleichtern.
- Insgesamt sind attraktive, bedarfsorientierte und flexible Chancen auf längerfristige Qualifizierung und entsprechende Rahmenbedingungen erforderlich, um die Anforderungen am Arbeitsmarkt erfüllen zu können.

- ▶ **Neue Chancen in der Beschäftigung und Qualifizierung** sollten mitgedacht werden, wenn es um die Konkretisierung der Förderungen in die kommunale Infrastruktur und in den Bereichen Bildung und Soziales geht. Das Land sollte die sich aus dem neuen Sondervermögen Infrastruktur ergebenden Chancen auch für die Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten von Menschen ohne Arbeit bei den frei-gemeinnützigen Trägern in der Beschäftigungsförderung und in Sozialkaufhäusern nutzen. Erfolgreiche Handlungsansätze liegen mit dem Stromsparcheck im Bereich Energiearmut, den Stadtteilmüttern in der frühkindlichen Bildung und der Gemeinwesenarbeit vor. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege RLP bietet hier ihre Unterstützung an.

### Fazit

Arbeitsmarktintegration in Rheinland-Pfalz gelingt, wenn Finanzierungszusagen verlässlich sind, Sprach- und Anerkennungswege zügig funktionieren und kommunale Investitionen Beschäftigung konkret ermöglichen. Die LIGA-Träger stehen bereit, zusammen mit Land, Kommunen und Wirtschaft die vorhandenen Instrumente – vom Sozialen Arbeitsmarkt über Berufssprachkurse bis hin zu quartiersbezogener Gemeinwesenarbeit – wirksam zu verzahnen. Was es jetzt braucht, ist Planungssicherheit und die explizite Verknüpfung von Infrastruktur-Investitionen mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsgelegenheiten – damit offene Stellen besetzt, Qualifikationspotenziale gehoben und Menschen ohne Arbeit wieder dauerhaft Fuß fassen können.



# Schuldnerberatung in Rheinland-Pfalz sichern und ausbauen

Überschuldung ist längst kein Randphänomen mehr. In Rheinland-Pfalz sind tausende Haushalte von Zahlungsproblemen betroffen – mit gravierenden Folgen für Gesundheit, soziale Teilhabe und die Stabilität des Gemeinwesens. Die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege tragen die Hauptlast bei der Beratung und Begleitung Betroffener. Doch die vorhandenen Strukturen stoßen seit Jahren an ihre Belastungsgrenzen: Wartezeiten nehmen zu, Fachkräfte sind überlastet, eine verlässliche Finanzierung fehlt.

Die Folgen sind fatal: Überschuldete Menschen verlieren nicht nur den Zugang zu wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit, sondern geraten oft in soziale Notlagen, die wiederum erhebliche Folgekosten für das Land und die Kommunen verursachen. Dabei ist der Nutzen von Schuldnerberatung unbestritten: Ratsuchende gewinnen Lebensqualität zurück, Gläubiger vermeiden kostspielige Insolvenzverfahren, die öffentliche Hand spart Sozialausgaben, und die Wirtschaft profitiert von stabilisierten Verbraucher\*innen.

## Unsere zentralen Forderungen:

- ▶ **Wirksame Umsetzung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie**  
Das Recht auf kostenfreie Schuldnerberatung muss weiterhin gesichert werden, sodass jede Bürgerin und jeder Bürger einen einklagbaren Zugang zu qualifizierter, kostenloser Beratung erhält.
- ▶ **Verlässliche Finanzierung sicherstellen**  
Das Land muss gemeinsam mit Bund, Kommunen und den Sparkassen tragfähige Finanzierungsmodelle entwickeln und einen dauerhaften sowie auskömmlichen Landesanteil bereitstellen.
- ▶ **Fachkräfte stärken**  
Angemessene Vergütung, Qualifizierung und eine nachhaltige Fachkräfteoffensive sind notwendig, um die Beratungsqualität zu sichern.
- ▶ **Strukturen modernisieren**  
Vereinfachte Fördermodalitäten für Träger der freien Wohlfahrtspflege (Aufhebung der Trennung von Schuldner- und Insolvenzberatung) sowie Ausbau innovativer, niedrighschwelliger Zugangswege (z. B. digitale Beratung).
- ▶ **Prävention ausbauen**  
Damit finanzielle Bildung, vor allem für junge Menschen, ein selbstverständlicher Teil unserer sozialen Infrastruktur wird, müssen Schuldnerberatungsstellen personell gestärkt werden und zusätzliche Stellenanteile für den Bereich Prävention geschaffen werden.

## Fazit

Sie schützt Menschen vor existenzieller Not, stabilisiert Haushalte und bewahrt soziale Teilhabe. Wir rufen die Landespolitik und den zukünftigen Landtag auf, gemeinsam mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und den Kommunen eine nachhaltige Finanzierungs- und Ausbauoffensive für die Schuldnerberatung in Rheinland-Pfalz auf den Weg zu bringen.



# LIGA

der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



## *Impressum*

**Herausgeber**

*LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e.V.  
Löwenhofstr. 5  
55116 Mainz*

**Herausgegeben**

*Oktober 2025*

**Bilder:** *canva.com*

# #ZusammenSindWirStark



**LIGA** der Freien Wohlfahrtspflege  
in Rheinland-Pfalz e.V.



**@DieWohlfahrtspflegeRLP**

